

Wer fürchtet sich vorm Schwarzen Block?

Am 2.6.1967 demonstrierten in Berlin junge Menschen gegen den Besuch des Schah von Persien, nachdem sie durchschaut hatten, dass er nicht ein Märchenkaiser mit seiner früheren Frau Soraya und der Nachfolgerin Farah Diba war, sondern ein Despot, von den Briten und den USA eingesetzt. Der Polizist Kurras knallte den demonstrierenden Studenten Benno Ohnesorg buchstäblich ab. Im April 68 wurde dann Rudi Dutschke von einem aufgehetzten Arbeiter schwer verletzt. All das geschah vor dem eskalierenden Vietnam-Krieg der USA. In den Köpfen vieler Menschen wandelten sich die USA vom Befreier vom Faschismus und Demokratiebringer zur barbarischen Kolonialmacht. Voller Wut und Ohnmacht gingen viele junge Menschen, darunter viele StudentInnen auf die Straße und warfen Steine, z.B. auf Amerika-Häuser. Eine Gewaltdebatte begann. Dahinter verbarg sich allerdings der Einspruch gegen das Gewaltmonopol des Staates. Die jungen Menschen damals begriffen in einem Schnelldurchgang, dass die Gewalt vom Staat und von den kapitalistischen Verhältnissen ausging. ‚Ihre‘ Gewalt war bestenfalls Gegengewalt, meistens symbolische - gemessen an den Barbareien von Kapital und Regierungen.

Auf der Demonstration in Rostock am 2. Juni 2007 gegen den G 8 – Gipfel trug ein älterer Demonstrant ein selbst gemaltes Schild: „40 Jahre 2. Juni. Nichts vergessen, nichts vergeben“. Während der anschließenden Kundgebung wurden drei Autos angezündet und etliche Scheiben eingeworfen. Die Gewaltdebatte flammte in den nächsten Tagen wieder auf. Hintergrund ist wieder die Infragestellung des Gewaltmonopols des Staates. Allerdings hatten die Demonstranten von Rostock keine schockartige Desillusionierung über die G8 hinter sich. Sie wussten um die Täterrolle der Regierungschefs der G8 bei der Herstellung des desaströsen Zustandes der Welt.

Mit Unbehagen im Block der Friedfertigen

78.000 der 80.000 wollten friedlich ihre Meinung kundtun. Das taten sie in einer bunten, friedfertigen Demo – viele waren die Nacht durchgereist. Viele DemonstrantInnen hatten viel Fleiß aufgewendet für ihre selbst gemalten, oft originellen Transparente und Plakate. Wohltuend anders als die verteilten roten Kappen und Trillerpfeifen bei den meisten Gewerkschaftsdemonstrationen. (Aber selbst die Entgegennahme von roten Kappen und Trillerpfeifen kann ein emanzipatorischer Akt sein, wie z. B. bei den Allianz-Angestellten im vorigen Jahr, die noch nie demonstriert hatten.)



Kanzlerin Merkel hatte die friedlich Demonstrierenden gelobt, sie nähmen nur ihre demokratischen Rechte wahr, sie höre aufmerksam zu und nähme die

Argumente der Kritiker ernst. Da konnte einem schon fast der Spaß vergehen an dem schönen Spaziergang zur Abschlusskundgebung am Hafen - bei soviel Wohlgesonnenheit durch die Obrigkeit. Wir konnten erwarten, dass angesichts soviel Verständnisses durch die Kanzlerin und soviel geballter Friedfertigkeit kein Polizeieinsatz den Frieden stören würde. Und dass auch Schongang gegen die Steinewerfer gefahren würde, es könnte sich ja ein zukünftiger Außenminister oder Umweltminister unter ihnen befinden.

Autonom ist gleich gewalttätig?

Auf Gewaltbereitschaft und Steinewerfen werden die Autonomen reduziert, politisches Denken wird ihnen abgesprochen. Da braucht mensch sich denn auch gar nicht erst mit ihrem Denken oder ihren Vorstellungen zu beschäftigen. Insider, die im Camp bei Rostock waren, berichten allerdings, dass der Hauptteil der Autonomen politisch sehr bewusst und taktisch sehr gut organisiert ist. Demonstranten sagten nach der Demo: Wenn ich jünger wäre, würde ich auch Steine werfen. Es waren Menschen, die ein Leben mit Entwürdigung und Hetze hinter sich haben, jetzt mit kleiner Rente, von Gewerkschaften und Parlament nichts mehr erhoffend. Die den Auftritt der G8-Täter in Heiligendamm, sich dort als Wohltäter der Menschheit gerierend, als Provokation auffassten. Die große Mehrheit der Autonomen sind wohl junge Leute um die 20. Obwohl sie diese Lebenserfahrung noch vor sich haben (ihre wird noch viel schlimmer werden!), was die Rolle der G8 – Täter anbelangt, dürften sie als junge Menschen sehr sensibel sein.

1967: Sheherazaden über den Pfauenthron 2007: blanke Fakten

Im Unterschied zu 1967, als die Wirklichkeit in Persien hinter Sheherazaden über den Pfauenthron verborgen und die USA uns als Friedensmacht vorgegaukelt wurde, wird heute die Politik der G8 – Staaten mit ihren tödlichen Folgen für die Menschheit sogar in einem stinknormalen Boulevardblatt (Hamburger Morgenpost vom 7. Juni 07, Seite 4 und 5) nüchtern und faktenreich dargelegt. Unter der Überschrift: Die sieben Todsünden der G8 – Staaten

wird in sieben Abschnitten die Wirklichkeit benannt. Die Abschnittsüberschriften, die allein schon für sich sprechen, lauten:

„Angriffskriege für Rohstoffe“,
„Gigantische Umweltschäden“,
„Profitgier kennt keine Grenzen“,
„Milliarden für den Rüstungswahn“,
„Das Hungerdiktat des Nordens“,
„Geiz bei der Entwicklungshilfe“,
„Medikamente – zu teuer für Arme“.

Was sollen Menschen, die noch des Denkens fähig und willens sind, daraus für Schlüsse ziehen? Falls sie noch jünger und sensibel sind und nach Heiligendamm ziehen und dort in Wut und Ohnmacht gegen die Schutzorgane dieser verbrecherischen Politiker unter Umständen Steine werfen – ist das nicht eine normalere Reaktion als auf die Sportseite weiterzublättern?

Der Staat brauchte die Gewalt von Rostock

Mit den Aktivitäten, die der Polizeiapparat in den Wochen vor dem G8 abrollen ließ (Wohnungsdurchsuchungen, Geruchsproben, Durchsuchung des Postamtes Altona, Wanderkessel in Hamburg) hatte die Staatsmacht die G8-Gegner in einer Gefährlichkeit erscheinen lassen, die es erheischte, dass eben diese Gefährlichkeit sich auch einlösen musste. Nicht das „ob“, sondern nur noch das „wann“ und das „wie“ waren offen. Dass es schon am ersten Tag, am Samstag während der Demo in Rostock geschah, überraschte dann doch. Beim „wie“ konnte die Polizei dann auf einen Teil der Autonomen rechnen, allerdings konnte sie auf ihre hausinternen agents provocateurs selbstverständlich nicht verzichten. Wer den größeren Anteil an Gewaltakten zu verantworten hat, ob die Autonomen oder die Provokateure, dürfte nur durch Polizeinstanzen zu erforschen sein nach dem Motto: Was übrig bleibt, das sind Autonome.

Überstürzende Distanzierung

Der Pulsschlag von Polizisten, Autonomen und sich in Sicherheit bringenden Demonstranten hatte noch nicht Normalfrequenz erreicht, da hagelte es schon Distanzierungen. Attac-Sprecher Peter Wahl: „wir wollen euch nicht sehen, wir wollen euch nicht dabei haben“. Der Sprecher des Demonstrationsbündnisses, Monty Schädel erklärte, man werde künftig eng mit der Polizei kooperieren und mutmaßliche Rechtsbrecher bei den Behörden denunzieren. Michael Brie (Linkspartei) schreibt in einem „Standpunkt Papier“: „Offensichtlich ist Zeit für einen Bruch. Let's make it real“.

Schön poetisch drückt es die Zeitschrift „Der Funke“ aus: Wir lassen uns durch diese Rostocker Ereignisse aber nicht unsere friedlichen Protest gegen die herrschenden Zustände mies machen.

Es ist ein Brauch von altersher, dass die Herrschenden nach dem Prinzip regieren: Teile und herrsche. Herrschen können die Linken zwar nicht (soweit sie nicht in Landesregierungen vertreten sind), aber teilen. Und da deutet sich auch schon an, auf welcher Seite sie landen werden, wenn sie nicht aufpassen...

Kritik zu üben an dem Verhalten einiger Autonomen (ohne sie fallen zu lassen), das ist akzeptabel, aber sich auf die Seite der Herrschenden zu schlagen durch die Distanzierungen, das sind sehr bedenkliche Töne. Und zur strukturellen Gewalt der kapitalistischen Verhältnisse und der konkreten Gewalt der prügelnden Polizisten und

agents provocateurs hören wir nichts von Wahl, Schädel und Brie. Auch wenn die Formen sich unterschieden, einmal bunter Haufen (78.000), einmal schwarzer Block (2.000) – der gemeinsame Nenner aller war gewesen: Die G8-Vertreter sind als Täter zu sehen und nicht als Wohltäter, die das Beste für die Welt planen. Diesen Konsens haben zumindest Wahl, Schädel und Brie verlassen.



Bunte Züge, schon politischen love-parades ähnlich, erschrecken niemanden, schon gar nicht die Herrschenden hinterm Zaun von Heiligendamm, auch nicht, wenn statt 78.000 bei der nächsten Großdemo 156.000 kämen. Sie sind Selbstdarstellung und Meinungsbekundung, mehr nicht. Das müssen wir uns eingestehen. Aber auch wenn bei der nächsten Demo statt 2.000 dann 4.000 oder 6.000 Autonome kämen, was könnte das bewirken? Eine Besiegung der Polizei? Keineswegs. Mehr als einmal die Berliner Brutalo-Truppe kurz wegläufend zu sehen, mehr an Triumph-Gefühl ist wohl nicht drin. Allerdings können Aktionen unterhalb dieses Anspruchs, die Polizei zu besiegen, schon was bewirken, z. B. der Bau von Blockaden. Blockaden sind originär autonome Aktionen, die vor einiger Zeit noch in der Öffentlichkeit als „Gewalt“ denunziert wurden. Etwas Bemerkenswertes an den G-8-Protesten ist, dass sich autonome Aktionsformen über die autonome Szene hinaus ausgebreitet haben. Das hängt wohl damit zusammen, dass der appellative Ansatz abschmilzt, als immer weniger erfolgreich in der Bevölkerung wahrgenommen wird. Die Obrigkeit, die Parteien werden immer weniger als Instanz zur Entgegennahme von Forderungen wahrgenommen. Das ist zwar erst eine Tendenz, aber die Desillusionierung hält an. Insofern sind die Friedfertigen statisch, insofern sie in ihren appellativen Gesten verharren.

Es fehlten die Blöcke von Telekom, Post und Bahn und hundert andere!

Die Demonstration von Rostock ist der Ausdruck des Standes der Klassenkämpfe im Jahre 2007 in Deutschland. Die Demonstration der Friedfertigen war kein Ausdruck von Macht, sondern nur von Meinung. Die politische Meinung in Deutschland ist noch nicht so zugespitzt und zielgerichtet, dass sie das Kapitalverhältnis angreift. Dennoch haben wir ja durchaus keine friedlichen und harmonischen Verhältnisse hier im Lande. Es gibt viele Streiks, in etlichen gehen die Belegschaften über die bisher vorgegebenen Grenzen hinweg, beginnen eigenständig zu handeln. Sie reagieren damit

auf den Sozialcrash, den die Herrschenden ihnen zumuten: Betriebsschließungen, Lohn- und Sozialabbau, Verstärkung der Arbeitshetze und Verschlechterung des Betriebsklimas.

Neuestes Beispiel: 53.000 KollegInnen von Telekom sollen ausgegliedert werden und die Löhne bis zu 43 Prozent gekürzt werden. Umstrukturierungen bei der Post sollen folgen. Das Gesetz, die Bahn zu privatisieren, soll noch in diesem Sommer durch den Bundestag.

KollegInnen von Telekom, Post, Bahn und hunderten anderen aktuell bedrohten Belegschaften waren sicher als Einzelpersonen auf der Demonstration in Rostock, jedoch nicht als Kollektiv. Ein Block von 50.000 Telekom-KollegInnen, oder nur 5.000 oder gar nur 500, ein Block von 50.000 Post-KollegInnen, oder nur 5.000, oder gar nur 500, ein Block von 50.000 Bahn-KollegInnen, oder nur 5.000 oder gar nur 500 usw. - das wäre eine beeindruckende Demonstration gewesen. Eine Demonstration der Opfer des Sozialcrash, die den richtigen Anlass nutzen, um Widerstand zu zeigen.

Frau Merkel, und nicht nur ihr, hätte es die Sprache verschlagen – sie hätte verstanden, wobei es aber wohl kaum darauf ankommt, was Frau Merkel versteht. Es hätten keine depressiven Opferblocks sein müssen, die da auf die politische Bühne gekommen wären sondern die KollegInnen hätten ihren Protest genau so bunt und ideenreich gestalten können wie die Friedfertigen am Samstag.

Diese Blocks wären sicher nicht von den Gewerkschaften organisiert worden. Diese Blocks müssen sich selber organisieren, mit der Unterstützung der Linken, bzw. Gewerkschaftslinken. Ist das Zukunftsmusik? Kapital und Kabinett ziehen die Schraube gegenüber Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnern und Kranken immer schärfer an, der Gegendruck wird wachsen. An die Wand gedrückt sind die Menschen schneller lernfähig als die Herrschenden es erahnen.



Wenn die Macht der sich Wehrenden sich auf der Straße zeigt, wird sich auch die Rolle der Autonomen ändern.

Im Widerstandskonzert wäre Platz für autonome Töne. Sie müssten sich an der demonstrierten Kraft orientieren. Zusammen mit den Belegschaften und anderen Widerständigen könnten sie Schutztruppen organisieren und die Gesamtdemonstration schützen, an der dann auch Erwerbslose, MigrantInnen teilnehmen – und warum nicht auch Rentner und Kranke? Denn für den Staat steht erst bei oben skizzierten Szenario der wirkliche Gegner auf der Straße. Für diese zukünftigen Auseinandersetzungen übt die Polizei heute schon. Kein

Autonomer sollte sich deshalb heute dafür hergeben, der Polizei als Übungspartner zu dienen.

Wir, die Friedlichen, die Normalos und die nicht in Rostock waren – und erst recht nicht in den Camps, aber durch die Politik von Kapital und Kabinett zunehmend gezwungen werden, uns um unsere eigenen Angelegenheiten zu kümmern, werden dann sogar von den Erfahrungen und der Logistik autonomer Strukturen profitieren, wie sie sich bei den G-8-Protesten gezeigt haben: die Zaun- und Blockadeaktionen, die Bekochung von Tausenden von Menschen in den Volksküchen.

Dieter Wegner, Jour Fixe Gewerkschaftslinker Hamburg

Wie weiter?

Wir müssen uns bewusst werden, dass die Bourgeoisie nicht nur den Sozialstaatskonsens aufgekündigt hat, sondern auch den des Rechtsstaates: Demokratische Rechte sind nicht mehr garantiert, sondern sollen nur noch zeitweilig gewährt nach Gutdünken der Herrschenden. Dabei haben sie letztlich nicht die angeblichen 2000 Chaoten im Blick, sondern Hunderttausende Jugendliche, die in diesem System keine Perspektive mehr erhalten.

Nach allem was vorher schon an Übergriffen, Mobilisierung und anderen Angriffen auf die demokratischen Rechte stattgefunden hatte, war klar, dass der Staat provozieren würde und auf jeden Fall angreifen würde. Das waren keine Ausschreitungen einzelner Einsatzleiter, das war die befohlene Konfrontation. Deshalb die verummten Provokateure, deshalb wahllose Angriffe, Durchsuchungen und Sperren, deshalb der Terror gegen die einheimische Bevölkerung.

Die G8-Gewalt-Täter waren in Heiligendamm zusammen und sie haben Entscheidungen gefällt, nicht gegen den Klimawandel zu handeln, die Armut zu vermehren, den Iran weiter unter Druck zu setzen und neue soziale Angriffe weltweit zu starten. Sie werden die Aufrüstung nach innen brauchen.

Wäre nur ein Zehntel der 300 000 Metaller/innen, die gegen die Rente demonstriert und gestreikt hatten, in Rostock gewesen! Um solches zukünftig zu erreichen, müssen wir neue Strukturen aufbauen, aber auch in den Gewerkschaften kämpfen. In Stuttgart hatten wir 120 Leute auf einer Veranstaltung des G8-Mobilisierungsbündnisses und des Zukunftsforums. Das müssen wir ausbauen: Der Kampf gegen die Politik der G8 muss weitergehen, wir müssen unsere Koordinationen für Kämpfe verbessern, die Inhalte diskutieren und die Gemeinsamkeiten stärken.

Wir werden auch die Taktiken diskutieren müssen: Wie können Demonstrationen gegen die Polizei **gemeinsam** und **wirkungsvoll** geschützt werden? Mit bunter Meinungsbekundung bleiben wir wirkungslos, die Taktik des Schwarzen Blocks ist ein Minderheitenkonzept.

Rostock hat dazu nicht nur die Erkenntnisse gebracht, es hat geholfen Kontakte zu knüpfen und Bündnisse zu schmieden. Wir sind noch weit weg von dem, was wir brauchen, aber wir sind deutlich weitergekommen.

Matthias Fritz, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster

Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 20. Juni 2007

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Presseinformation

Erstes zusammenfassendes Resümee aus den Demonstrationsbeobachtungen des Komitees für Grundrechte und Demokratie während der Proteste gegen den G8-Gipfel

...Diese Proteste hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit insgesamt 30 Demonstrationsbeobachtern und –beobachterinnen begleitet. Wir waren bemüht, an vielen Stellen zugegen zu sein, die vielen großen und kleinen Versammlungen und den polizeilichen Umgang mit ihnen beobachtend. ...Die Polizei ist dem Protest von Beginn aller Planungen an eskalierend und kriminalisierend begegnet. Sie selbst spricht entlarvend davon, dass Demonstrationen nicht länger an der langen Leine herumgeführt werden. ...

Die Polizei betreibt – gemeinsam mit BKA und Verfassungsschutz - zunehmend eine eigene Politik, die beängstigend ist, behält man Grundgesetz, die garantierten Grundrechte und die demokratische Verfasstheit im Auge. Sie schafft mit Fehlinformationen und grundrechtlich nicht legitimierbaren Aktionen und Eingriffen eine Lage, in der sie im selbst geschaffenen Ausnahmezustand gemäß ihrer unüberprüfbar Kriterien agieren kann – z. B. Sitzblockaden hoheitlich zulassen oder Versammlungen mit (Wasserwerfer-)Gewalt und ohne Kommunikation auflösen. Die Kontrolle über die exekutive polizeiliche Gewaltausübung droht in solchen Ausnahmesituationen zu entgleiten. Voraussetzung hierfür sind eine Öffentlichkeitsarbeit, die polizeiliche und geheimdienstliche Erkenntnisse behauptet ohne sie zu belegen oder die nach den Auseinandersetzungen am Samstag, 2. Juni 2007, von 10 Schwerverletzten berichtet und erst später, auch nach der Bestätigung der Allgemeinverfügung durch das BVerfG, zugibt, dass nach den offiziellen Kriterien nur zwei Beamte schwer verletzt wurden, also stationär behandelt werden mussten. Auch diese konnten nach zwei Tagen das Krankenhaus verlassen. Diese Öffentlichkeitsarbeit schafft – das konnte in vielen Gesprächen mit PolizistInnen beobachtet werden – auch innerhalb der Polizei eine Stimmung, die die Gewaltbereitschaft der einzelnen PolizistInnen heraufsetzt. Vor allem aber ist es die Öffentlichkeit, die systematisch getäuscht wird, wenn z.B. berichtet wird, in der Versammlung „Flucht & Migration“ seien gewaltbereite Autonome gewesen. Auch die Behauptung, die Clownsarmee hätte ihren Wasserpistolen Säure beigemischt, konnte nur durch Recherchearbeit widerlegt werden – tatsächlich hatten statt der behaupteten größeren Zahl zwei Polizeibeamte auf die Seifenblasenlauge allergisch reagiert. Dieser Fehlinformation der Öffentlichkeit entspricht auf der anderen Seite die Nicht-Kommunikation mit den Demonstrierenden. Sie wurden meist nicht über Forderungen und polizeiliche Maßnahmen informiert, sondern begegneten einer wortlosen Gewaltdemonstration, von der man nie wusste, wann und ob sie eingesetzt wird. Wer dann aber eine Blockade freundlich auffordert, die in der Blockade eingeschlossenen Polizeifahrzeuge durchzulassen (Donnerstag, 7. Juni 2007, auf der Straße vom Westtor nach Steffenshagen) – bleiben Sie ruhig, wir planen jetzt keine Maßnahme gegen Sie –, das Entgegenkommen dann aber nutzt, um sofort hinterher zu räumen und Räumpanzer für die Holzblockaden hineinzuführen, darf sich nicht wundern, wenn diese Jugend vor allem eines lernt: Wenn diese Polizei dann doch einmal kommuniziert, darf man ihr auf keinen Fall trauen.

Weitere Infos unter: www.grundrechtekomitee.de

Pressemitteilung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) Legal Team erstattet Strafanzeige gegen verantwortliche Richter wegen Käfig-Haft

Freitag, 8.6.2007

Eine Vielzahl von während der Proteste gegen den G8-Gipfel festgenommenen wird in Käfigzellen in der Gefangenenansammelstelle in der Rostocker Industriestraße festgehalten. Der anwaltliche Notdienst des RAV hat Strafanzeige gegen die verantwortlichen Richter wegen Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung aufgrund dieser menschenunwürdigen Unterbringung der Gefangenen erstattet. „Für dieses Vorgehen gibt es keinerlei Rechtsgrundlage. Menschen auf diese Weise in Käfigen unterzubringen verstößt eklatant gegen die Menschenwürde. Sie zusätzlich dabei zu filmen ist un-



Undine Weyers vom Anwaltlichen Notdienst.

Am 07.06.07 wurden dem anwaltlichen Notdienst die Bedingungen der Unterbringung in den Gefangenenansammelstellen Industriestraße und Ulmenstraße bekannt. In einer großen Industriehalle sind käfigartige Zellen aus Metallgittern errichtet, in denen jeweils bis zu 20 Menschen festgehalten werden. Die provisorischen Zellen sind ca. 25 qm groß und von allen Seiten sowie von oben einsehbar. Frauen und Männer sind in gegenüberliegenden, direkt einsehbaren Zellen untergebracht. Die dort Festgehaltenen müssen auf dem Boden liegen, nur einigen wird eine ca. 1 cm dünne Gummimatte zur Verfügung gestellt. Decken werden nicht ausgegeben. Die Halle ist 24 Stunden beleuchtet und wird ununterbrochen per Video von Beamten gefilmt. Zudem beobachten weitere Polizeibeamte die nach oben offenen und mit Netzen überspannten Käfige regelmäßig. Den Festgehaltenen ist es nicht möglich zu duschen. Sie erhalten lediglich ein Stück Brot, eine Scheibe Wurst und auf Nachfragen Wasser. Die Beamten müssen nicht nur jeden Gang zur Toilette, sondern auch jeden Schluck Wasser protokollieren.

Die Umstände der Freiheitsentziehung müssen als menschenunwürdig und als unangemessene Behandlung im Sinne von Art. 4 EMRK angesehen werden. ... Aus diesen Gründen haben drei AnwältInnen des Legal Teams am heutigen Nachmittag Anzeige gegen die zuständigen RichterInnen erstattet.

Weiter Infos unter: www.labournet.de

Pressemitteilung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) - Freitag, 8.6.2007 Grundrechte mit Füßen getreten

Dem Legal Team/Anwaltlicher Notdienst gelangten in der Zeit vom 2. Juni bis 7. Juni 1.136 Freiheitsentziehungen in Form von Verhaftungen und Ingewahrsamnahmen zur Kenntnis. ...Zum Teil dauerte dieser administrative Freiheitsentzug bis zu sechs Tage. Hunderte von Platzverweisen wurden während der Proteste gegen den G8-Gipfel gegen GlobalisierungskritikerInnen ausgesprochen. Acht Schnellverfahren fanden in den letzten Tagen wegen der Ereignisse bei der großen Anti-G8-Demonstration am 2. Juni statt. Dabei wurden Haftstrafen zwischen sechs Monaten mit Bewährung und zehn Monaten ohne Bewährung verhängt. Den Angeklagten war schwerer Landfriedensbruch in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung oder versuchter gefährlicher Körperverletzung vorgeworfen worden. Die meisten Beschuldigten hatten die Vorwürfe bestritten, sich wegen der entwürdigenden Haftbedingungen jedoch auf die Schnellverfahren eingelassen. Da Schnellverfahren ohne hinreichende Beweiserhebung stattfinden, erfolgten die Verurteilungen zum Teil auf Grundlagen lückenhafter, zum Teil schriftlicher Aussagen. Keinem der Angeklagten war die Vermummung oder das Agieren aus dem sogenannten Schwarzen Block vorgeworfen worden. Vor diesem Hintergrund drängt sich der Eindruck auf, dass die Schnellverfahren vor allem ein symbolischer Akt waren: Einmal zur Abschreckung der Protestierenden, dann aber auch in Richtung Öffentlichkeit.

Erschrocken sind wir über die hohe Zahl offensichtlicher Fälle von Polizeibrutalität bei Festnahmen – teilweise waren unsere Mandanten noch grün und blau im Gesicht von Schlägen, die sie bei der Festnahme erhalten hatten. Dies veranlasste bei den Gerichtsverfahren die Richter zu besorgten Nachfragen. Erschrocken sind wir über die exzessive Anwendung der Ingewahrsamnahme. Nach ersten Schätzung erfolgte sie in 95 Prozent der Fälle rechtswidrig und wurde richterlich aufgehoben.